



Antrag

der Fraktion der FDP

Bezahlkarte zielführend ausgestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Einigung der 14 von 16 Bundesländern für ein gemeinsames Vergabeverfahren für die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete im Asylantragsverfahren. Die Einführung einer Bezahlkarte war überfällig und muss nunmehr schnellstmöglich erfolgen. Denn die Bezahlkarte ist ein Fortschritt, wenn es um den Bürokratieabbau geht. Sie ermöglicht die Bekämpfung der Schlepperkriminalität, indem die Möglichkeit unterbunden wird, Geld aus staatlicher Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen oder an Schlepperbanden direkt zu zahlen. Insgesamt werden hierdurch die Anreize für die illegale Migration nach Deutschland gesenkt.

Die Eckpunkte für die Bezahlkarte, also eine guthabenbasierte Debit-Karte, die bundeseinheitlichen technischen Vorgaben folgt, werden vom Landtag begrüßt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass bei der Einführung in Schleswig-Holstein

1. ausschließlich geringfügige Bargeldauszahlungen über die Karte möglich sind,

2. keine Transaktionen, insbesondere ins Ausland, vorgenommen werden können und
3. die Karte nur im Inland gilt und gegebenenfalls bei Anordnung einer weiteren räumlichen Beschränkung für den Karteninhaber oder die Karteninhaberin durch die Asylbehörde auch eine regionale Nutzungseinschränkung ermöglicht wird.

Bernd Buchholz

und Fraktion